Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

133 (10.6.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 133 — **Freitag, den 10. Juni 1932** — **103. Jahrgang**

Reichsinnenminister vor dem Reichsrat

Ueber Reichsreform, Verfassungsreform

Berlin, 9. Juni. Der Reichsrat hielt am Donnerstag eine Vollsitzung ab. Der neue Innenminister **Freiherr v. Gayl** stellte sich vor und eröffnete die Sitzung. Nach persönlichen Worten der Erinnerung und des Dankes an die Mitglieder des Reichsrates, dem der Minister fast 11 Jahre als Bevollmächtigter seiner Heimatprovinz Ostpreußen angehört hat, führte der Minister aus, daß ihn nicht Ehrgeiz und Machthunger zur Uebernahme des Ministerpostens getrieben hätte, sondern einzig und allein das Gefühl der Pflicht, in dieser Notzeit dem Rufe des Reichspräsidenten zu folgen. Ich war umso überraschter von diesem Ruf, als ich seit genau einem Jahre nicht mehr die Ehre und die Freude gehabt hatte, den Herrn Reichspräsidenten zu sehen und zu sprechen, mit dem mich vom Kriege her das Gefühl innigster persönlicher und vaterländischer Verehrung verknüpfte. Es ist mir eine besondere Ehre und Freude, der Minister zu sein, dem die Pflege der Beziehungen zu den deutschen Ländern vornehmlich obliegt und der in erster Reihe berufen ist, unter Ihnen den Vorsitz zu führen. Seien Sie überzeugt, daß ich von dieser Pflicht tief durchdrungen bin und erhalten Sie mir in meiner neuen Stellung gegenüber dem Reichsrat das Vertrauen, das Sie mir als Mitglied unter Ihnen bisher so freundschaftlich bewiesen haben. Ich habe erkannt, daß **die stärksten Kräfte unseres Volkes in dem Heimatboden und der Liebe zur angestammten Heimat wurzelt, daß die Eigenart der deutschen Stämme etwas Heiliges ist, was verständiger und liebevoller Pflege bedarf, und daß der kulturelle Hochstand unseres Volkes nicht der Befruchtung von einer Zentrale, sondern der Mannigfaltigkeit des Lebens in den einzelnen deutschen Ländern sein Dasein verdankt. Wir werden daher die Eigenart des Eigenlebens der deutschen Länder selbstverständlich nicht antasten. Für Preußen erwarten wir besonders das rasche Zustandekommen einer verfassungsmäßigen Regierung, von der wir hoffen, daß sie in den großen Fragen der Nation mit der Reichsregierung übereinstimmen und in beständiger Fühlung mit uns arbeiten wird. Aus dieser Ueberzeugung heraus werde ich die Aufgabe der Reichsreform anfassen.** Es ist noch nicht die Zeit gegeben, auf diesem Gebiet eine Stellungnahme der Reichsregierung auszusprechen. So dringend diese Reform auch ist und so sehr sie zusammenhängt mit den notwendigen Maßregeln zur Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung, so liegen heute dringendere Aufgaben vor, deren Lösung die Stunde gebieterisch fordert. Das bedeuter kein Aufschieben auf die lange Bank. Die Reichsregierung kann aber die dringenden Fälle ihrer Aufgaben nur schrittweise lösen.

Das gleiche gilt von der **Verfassungsreform.** Die **Weimarer Verfassung,** die Grundlage unseres öffentlichen Lebens, deren Hüter ich als Reichsinnenminister pflichtgemäß bin, ist seit ihrem Bestehen vielfach durch die Gesetzgebung durchlöchert und **nach unbestrittener Ansicht weitester Kreise aller politischen Richtungen reformbedürftig.** Verfassungen sind nicht starre Idee, sondern lebendige Wesen und der Entwicklung unterworfen. Wir werden auch an diese Aufgabe mit Ernst und Eifer herangehen. Zweierlei aber muß ich in diesem Zusammenhang besonders betonen: **das Gerede von einer geplanten Aenderung der Verfassung in der Richtung der Wiederaufrichtung der Monarchie ist ein törichtes und darum schädliches Geschwätz. Ich würde mir erbärmlich vorkommen, wenn ich auf dem Ministersessel versuchen würde, meine persönliche, nicht nur angeborene und anerzogene, sondern in langen Jahren auch selbsterworbene Ueberzeugung zu verleugnen, daß ich die Monarchie für die angemessenste Staatsform für ein Volk, inmitten des Herzens von Europa halte, und daß ich geschichtlich gesehen, mir der Verdienste des bisherigen Königs- und Kaiserhauses um das deutsche Volk stets dankbar bewußt bin. Ich bin aber der Ueberzeugung, daß in diesen Zeiten des Kampfes um Sein oder Nichtsein die Frage der Staatsform, Republik oder Monarchie, keine Frage ist, die unsere Zeit, geschweige denn die gegenwärtige Reichsregierung zu lösen haben.**

Das ganze Volk ist so mit Lasten schwerster Art beladen, daß wir erst versuchen müssen, dieser Bürden ledig zu werden, ehe wir überhaupt die Möglichkeit haben, uns mit der Staatsform zu befassen. **Höher als die Form steht der Staat der Deutschen, den zu retten unsere einzige Pflicht ist. Ich denke als Verfassungsminister nicht daran, unser Volk durch Aufrollung der Frage der Staatsform in neue Verwirrung zu bringen, und ich verbitte mir deutlich jeden Zweifel an meiner in die Hand des Herrn Reichspräsidenten gelobten Verfassungstreue.** So wie ich, denken der Herr Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des Kabinetts unter bewußter und pflichtgemäßer Hintansetzung aller persönlichen Anschauungen und Gefühle.

Zum zweiten ein Wort über die angebliche **reaktionäre Einstellung des Kabinetts** und meiner Person. Wir müssen die nun einmal in der Oeffentlichkeit erfolgte Abstempelung als reaktionär mit Würde und einem gewissen Humor tragen, bis das deutsche Volk einmal erkennt, wie falsch diese Kennzeichnung gewesen ist. Wir stehen alle im Leben und sind bis zu dieser Stunde in Verbindung gewesen mit dem Leben unseres Volkes und gedenken es auch zu bleiben. Wir wissen, daß man Vergangenes nicht wieder herstellen kann, wie man Ruinen nach alten Plänen und Bildern wieder aufbaut. Ein Volk ist ein Lebewesen, das sich täglich zum Leben weiter entwickelt und das niemals stillstehen oder sich zurückentwickeln kann, zu einem gewesenen Zustand. Wir alle heißen, daß unser Volk lebt und einer besseren Zukunft entgegengeht. **Darum wollen wir einen organischen Fortschritt und keinen Rückschritt. Wir tragen bei dieser Arbeit nicht die uns angedichteten Scheuklappen. Wir sind keine Vertreter einseitiger Standes- oder Berufsinteressen, sondern Reichsminister, deren Sorge und Liebe jedem einzelnen Volksgenossen gehört,** erwachsen aus der Liebe zu unserem Volke und unserem Vaterland. Zu den tiefsten und schönsten Erlebnissen meines Lebens gehören die Zeiten, in denen ich im Kriege monatelang mit deutschen Männern aller Klassen und Berufe den Unterstand teilte und die Tage der Volksabstimmung in Allenstein, in denen ich Führer eines in sich über alle sonstigen Schranken hinweg einigen Volkes zu sein das große Glück hatte. Wenn ich je eine Binde vor den Augen getragen habe, so ist es in jenen Zeiten gefallen, in denen ich das hohe Erleben hatte, **daß der Heimat ärmster Sohn auch ihr treuester war ohne Rücksicht auf seine politische oder berufliche Einstellung.** Damals reifte in mir eine warme Liebe auch zu den ärmsten und am schwersten sich durchs Leben schlagenden Volksgenossen, die für mein Leben Bestand haben wird. **Wie ich, denkt die ganze Regierung. Wir wissen, daß wir unser Volk nur erhalten können, wenn wir in warmer Liebe uns einsetzen für das richtig verstandene Wohl der breiten, arbeitnehmenden Massen.** Wir müssen dabei in den Kauf nehmen, daß manche Maßnahme zunächst wenig volkstümlich sein und mißverstanden werden wird. Wir tun sie aber, getragen von alter Liebe zu allen Volksgenossen, mögen sie diese Liebe erwidern oder nicht. **Gleichmäßige Gerechtigkeit gegenüber allen politischen Strömungen,** die sich bei ihrer Betätigung im Rahmen der Verfassung und der Gesetze halten, ist unsere vornehme Aufgabe. — In diesem Sinne wird eine **Neuordnung der Vorschriften über die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit** in den nächsten Tagen erfolgen, welche die **Bestimmungen über Versammlungen und Aufzüge,** die Presse und die militärähnlichen Organisationen **unter Milderung des bestehenden Zustandes regelt.** Ueber Einzelheiten läßt sich erst sprechen, wenn der Entwurf die Billigung des Herrn Reichspräsidenten gefunden haben wird. Das Kabinett geht dabei von der Absicht aus, **den Wahlvorbereitungen der politischen Gruppen Freiheit zu lassen,** damit in der auf den 31. Juli festgesetzten Wahl der Wille unseres Volkes unzweideutig zum Ausdruck kommen kann. Ich gebe dabei der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß alle Kreise unseres Volkes sich der staatsbürgerlichen Pflicht bewußt sein werden, **ihr Tun im Rahmen der Gesetze zu halten** und Gewalttätigkeiten und rohe Verunglimpfungen ihrer andersdenkenden Mitbürger zu unterlassen. Ich will aber als Innenminister keinen Zweifel darüber lassen, daß ich, wenn diese Erwartung sich nicht erfüllen sollte, **die öffentliche Ruhe und Ordnung mit allen Machtmitteln des Staates zu schützen den Willen und die Nerven habe.**

Von den vielen Aufgaben, die sonst noch meiner harren, werde ich mich mit Unterstützung des ganzen Kabinetts mit besonderer Freude und Liebe der **Pflege des Deutschtums innerhalb und außerhalb der Grenzen** des Reiches annehmen, soweit die allgemeine Finanzlage mir das im Augenblick gestattet. Auch an die Erhaltung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unserer schwer getroffenen Grenzgebiete im Osten, Westen, Norden und Süden werde ich mit Eifer arbeiten, wie ich es bisher für meine engere Heimat getan habe, in dem Bewußtsein, daß die Erhaltung unserer Grenzgebiete eine Lebensnotwendigkeit für die Nation ist, die nur erfüllt werden kann, wenn die Sache dieser Gebiete Sache des ganzen deutschen Volkes ist und bleibt.

In diesem Zusammenhang ein kurzes **Wort** über die für die Grenzländer, insbesondere im Osten, so wichtige **Siedlungsfrage.** Ich habe in 24 Jahren selbst in meiner Heimat an der Neuschaffung von rund 300 Dörfern auf 150 000 Hektar Fläche an leitender Stelle mitgearbeitet und bin oft öffentlich als Vorkämpfer der ländlichen Siedlung hervorgetreten.

Ich wäre nie in ein Kabinett eingetreten, von dem ich nicht die Ueberzeugung hätte, daß es sich dieser so wichtigen nationalen und sozialen Aufgabe nicht mit dem notwendigen Eifer und der Großzügigkeit widmen will, wie das notwendig ist. Ueber diese Dinge wird sich am Samstag im Deutschen Landwirtschaftsrat der zuständige Reichsernährungsminister ausführlich äußern. Ich betone hier nur, **daß eine gesunde, lebensfähige stellenschaffende Siedlung eines der wichtigsten Glieder der Kette von Maßnahmen ist, die für den deutschen Osten getroffen werden müssen.** Auch hier geht das Staatsinteresse allen anderen vor. Oft genug habe ich bereits im Reichsrat betont, daß ich ein scharfer Gegner aller individuellen Hilfe bin und nur **Hilfe billige, die der Gesamtheit der Kommunen und der Wirtschaft eines Reichsteiles und dadurch allen zugute kommen.** Ich kann heute aus den Aufgaben meines Ressorts nur wenige Punkte herausgreifen. Eins aber möchte ich hier noch feststellen: Reich, Länder und Gemeinden sind angewiesen auf ein pflichttreues, gut ausgebildetes und in gesicherter Lebensstellung befindliches Beamtentum. Ich bekenne mich bei meinem Amtsantritt als Innenminister, der die Gesetzgebung auf dem Gebiete des **Beamtenrechtes** zu bearbeiten hat, in voller Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichskanzler und dem ganzen Kabinett **zum Berufsbeamtentum,** das zu erhalten und zu pflegen unsere Pflicht ist. Wir setzen dabei voraus, daß das Beamtentum sich der hohen Aufgabe stets bewußt ist, Diener der Allgemeinheit zu sein. Die Not der Zeit ist an dem Beamtentum nicht vorübergegangen; sie hat verhindert und verhindert leider auch in nächster Zukunft noch gewisse Ungerechtigkeiten in den Einstufungen sofort und voll zu beseitigen. Wir sind aber bemüht, allen Beamtengraden und den Behördenangestellten die Lasten der Zeit nach Möglichkeit zu erleichtern, um sie in ihrer dem Allgemeinwohl so notwendigen Arbeitsfreudigkeit zu erhalten.

Wichtig und notwendig erscheint mir auf dem gesamten **kulturellen Leben** unseres Volkes, insbesondere auch im **Rundfunk** und **Lichtspielwesen** die Betonung und Pflege deutschen Geistes und die Ausmerzung aller undeutschen, fremden Einflüsse, die zeitweilig weite Kreise des deutschen Volkes befremdet haben.

Jedes Volk muß heute das Streben haben, in **Verständigung mit allen Staaten und Völkern** den Fortschritt und die Befriedung der ganzen Menschheit zu fördern. Aber so wie das Leben des deutschen Volkes, wurzeln auch die Weltgeltung des deutschen Volkes und seine Stellung zu den anderen Völkern in seinem eigenen, seinem Blut und Geist angemessenen Leben. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit und der Wille zu einem eigenen deutschen Leben wachsen heute ständig in unserem Volk. Aufgabe der Reichsregierung und in ihr des Innenministers ist es, diesem Willen gerecht zu werden und **die machtvolle nationale Bewegung der Gegenwart als eine Staat und Volk erhaltende Kraft zu werten und zu benutzen. Jede Mitarbeit, insbesondere der deutschen Jugend, ist uns dabei willkommen.**

Das neue Kabinett steht vor schwersten Aufgaben, die gelöst werden müssen, wenn unser Volk nicht untergehen soll. Wir gehen trotz aller Anfeindungen mit frischem Mut und Vertrauen an unsere Pflichten. Wir hätten Mut und Vertrauen nicht, wenn wir uns auf eigenes Können und eigene Kraft stützen würden. Wir nehmen beides aus dem festen Glauben an unser Volk und aus dem unerschütterlichen Glauben an eine höhere Gerechtigkeit, die über dem Leben der Völker waltet und die Deutschland nicht vergessen wird. Weil wir, durchdrungen von dem **Gefühl der Verantwortung vor unserem Gott und unserem Volk,** diesen Glauben in uns fühlen, haben wir uns in schwerster Stunde bereit erklärt, das Steuer in die Hand zu nehmen und unter Einsatz unserer besten Kräfte zu führen. Die Geschichte wird lehren, ob wir recht getan haben oder nicht. Uns bleibt daher, nachdem der Schritt gewagt ist, nur die Erfüllung unserer engeren und weiteren Pflicht.

Namens des Reichsrats erwiderte der preußische Vertreter, Staatssekretär Weißmann.

*

Berliner Blätter zur Reichsratsrede des Reichsinnenministers.

T.U. **Berlin,** 10. Juni. Verschiedene Berliner Blätter nehmen ausführlich zu der Programmrede des Reichsinnenministers von Gayl im Reichsrat Stellung. Die „D.A.Z." schreibt u. a.: Möge an dem Rahmen und einzelnen Äußerlichkeiten der Rede Kritik geübt werden, ihr Inhalt erheische als Manifestation einer geschlossenen Anschauung und einer aufrechten Persönlichkeit Achtung und Anerkennung. Die „Vossische Zeitung" hebt hervor, daß die Tatsache, daß Freiherr von Gayl für seine Person sich als prinzipieller Anhänger der monarchischen Staatsform bekannt habe, das Vertrauen zu seiner Pflichterfüllung nicht zu mindern brauche. Ein Lippenbekenntnis zur Republik hätte weniger Wert gehabt als die Feststellung, daß es ein Unrecht wäre, „unser Volk durch Aufrollung der Frage der Staatsform in neue Verwirrung zu bringen. Der „Tag" betont, in Gayls Programm werde jeder nicht von Parteihaß verblendete Deutsche einen geeigneten Ausgangspunkt für eine ersprießliche Arbeit sehen müssen. Der „Börsencourier" stellt fest, daß die Rede des Reichsinnenministers vor dem Reichsrat eine aufrichtige Rede gewesen sei. Das Auffälligste sei gewesen daß zum ersten Mal ein Minister der Republik ein klares Gesinnungsbekenntnis zur Monarchie vollzogen habe. Auch der „Vorwärts" bezeichnet als politisch besonders wichtig das offene Bekenntnis von Gayl zur Monarchie.

Notverordnung Anfang nächster Woche

T.U. **Berlin,** 10. Juni. Das Reichskabinett hat am Donnerstag nachmittag, nachdem der Reichskanzler seine Besprechung mit dem Präsidenten des Deutschen Städtetages und den Vertretern des Landgemeindetages über die Notlage der Gemeinden zu Ende geführt hatte, die Beratungen über die neue Notverordnung fortgesetzt. Wie Berliner Blätter erfahren, schreiten die Arbeiten günstig fort, sodaß nach wie vor damit gerechnet wird, daß mindestens die finanzpolitischen Notmaßnahmen am Montag oder Dienstag veröffentlicht werden können.

Der deutsche Außenminister von Neurath wird am Freitag mittag nach Berlin zurückkehren. Es werden sodann die Beratungen über die Haltung der deutschen Delegation in Lausanne beginnen. Da der Außenminister von Neurath infolge seiner langjährigen Tätigkeit als Botschafter das dienstälteste Mitglied des Reichskabinetts ist, ist er stellvertretender Reichskanzler. Ein Vizekanzler ist vom Kabinett nicht besonders ernannt worden.

Reichskanzler von Papen wird, wie nunmehr feststeht, Dienstag abend mit der deutschen Delegation nach Lausanne abreisen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Kurze Tagesübersicht

Im Reichsrat hielt der neue Reichsinnenminister von Gayl eine programmatische Rede über die Gestaltung der deutschen Innenpolitik unter dem neuen Kabinett.

*

Die süddeutschen Länder Bayern, Württemberg und Baden haben beim Reichspräsidenten um einen Empfang nachgesucht, der anläßlich der Länderkonferenz am nächsten Samstag oder Sonntag erfolgen soll.

*

In München wurde Hitler als Zeuge vernommen. Da er sich weigerte, auf eine Frage des Rechtsanwalts Dr. Rosenfeld zu antworten, wurde er zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

*

Der Reichskanzler verhandelte am Donnerstag mit Vertretern deutscher Städte und Gemeinden und erstattete dem Reichspräsidenten Vortrag.

*

Die Stimmlisten und Stimmkarteien für die Reichstagswahl werden vom 10. bis 17. Juil ausgelegt.

*

Der gemischte Finanzausschuß des Völkerbundes für die Behandlung der österreichischen Anleihefragen ist am Donnerstag in Genf zusammengetreten.

*

Der Gewerkschaftsring hat ein Telegramm an die Reichsregierung gerichtet, in welchem er den schärfsten Einspruch gegen die beabsichtigte Einführung einer Festbesoldetensteuer aussprach.

*

Das Schwurgericht in Weimar verurteilte am Donnerstag den Landwirtschaftsgehilfen Ritter wegen Ermordung des Dienstmädchens Else Leuthardt in Vogelsberg zum Tode. Die Mordtat liegt zwölf Jahre zurück.

Ein Schritt der süddeutschen Länder

Karlsruhe, 9. Juni. Die heute in Karlsruhe versammelten Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder **Bayern, Württemberg und Baden** haben an den Herrn Reichspräsidenten von **Hindenburg** nachstehendes Telegramm gerichtet:

„Die unterzeichneten Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden bitten den Herrn Reichspräsidenten um einen Empfang anläßlich der Konferenz der Ministerpräsidenten am nächsten Samstag oder Sonntag.

gez. Dr. Held, Dr. Bolz, Dr. Schmitt."

Der Herr Reichskanzler wurde von dem Telegramm verständigt.

Empfänge beim Reichskanzler

Berlin, 9. Juni. Reichskanzler von Papen empfing am Donnerstag den Präsidenten des **Deutschen Landkreistages** Dr. von **Stempel**, der ihm einen Vortrag über die Finanzlage der Landkreise hielt im Zusammenhang mit der Notverordnung der Reichsregierung, die auch auf die Gemeindefinanzen eine wesentliche Einwirkung ausüben soll. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, hat Reichskanzler von Papen bei den Verhandlungen mit den verschiedenen Interessenten immer wieder darauf hingewiesen, **daß eine vollständige Umorganisation der Sozialversicherung durch Notverordnung erfolgen werde.**

Der Reichskanzler hat auch den Berliner Oberbürgermeister Dr. **Sahm** und den geschäftsführenden Präsidenten des Deutschen Städtetages, Dr. **Mulert**, empfangen. Beide Herren schilderten dem Kanzler die Notlage der deutschen Gemeinden und unterbreiteten ihm gleichzeitig Vorschläge zur Ausbalanzierung der Gemeindehaushalte.

Auflegung der Stimmlisten für die Reichstagswahl

Berlin, 9. Juni. Die Stimmlisten und Stimmkarteien für die am 31. Juli stattfindende Reichstagswahl sind vom 10. bis 17. Juli aufzulegen.

Auftakt für Lausanne

Einlenken Frankreichs in der Reparationsfrage?

London, 9. Juni. Laut „Morning Post" sollen bei der britischen Regierung wichtige Nachrichten eingegangen sein, die auf ein Einlenken Frankreichs in der Reparationsfrage schließen ließen. Britische Regierungskreise beurteilten infolgedessen die Aussichten auf eine Regelung des Reparationsproblems hoffnungsvoller denn je.

Teilweise Vertagung der Lausanner Konferenz geplant?

Paris, 9. Juni. „Matin" berichtet aus London, daß Macdonald die Absicht haben solle, Herriot den Vorschlag zu machen, die Lausanner Konferenz nach der Aussprache über die Reparationsfrage zu vertagen und die Arbeiten entweder in der Schweiz oder in London zur Prüfung des zweiten Teiles der Tagesordnung zu einem Zeitpunkt wieder aufzunehmen, an dem es den Vereinigten Staaten möglich sein werde, Delegierte zu entsenden.

*

Paris in Erwartung

Paris, 9. Juni. Der erste außenpolitische Schritt Herriots nach der Uebernahme der Macht war eine dringende Einladung an den englischen Ministerpräsidenten, die politische Lage mit ihm zu besprechen. Macdonald antwortete nicht minder herzlich und ließ ihm durch den englischen Botschafter mitteilen, er und der englische Außenminister Sir John Simon seien über die Einladung sehr erfreut und überzeugt, daß eine persönliche Aussprache eine befriedigende Lösung der in Genf und Lausanne zu behandelnden Fragen vorbereiten werde.

Macdonald wird am Samstag in Paris erwartet. Möglicherweise werden sich die Besprechungen auch noch über den Samstag ausdehnen, so daß Herriot erst am Montag Paris verlassen wird. Seine Abreise war ursprünglich auf Samstagabend festgesetzt, aber er hat schon erklärt, daß er sie wegen der Bedeutung dieser Zusammenkunft bis Montag früh aufschieben werde.

Die französische Regierung hat sich jetzt mit der Tatsache abgefunden, daß nach Ablauf des Hoover-Jahrs keine Zahlungen von Deutschland erwartet werden können, und der neue Finanzminister Germain-Martin erklärte, daß das von seinem Vorgänger befolgte Verfahren diese Zahlungen doch in den Staatshaushalt einzusetzen, keinen praktischen Wert habe. Die Frage, die Herriot und Macdonald lösen müssen, ist die Meinungsverschiedenheiten über die Dauer einer neuen Zahlungsaussetzung für Deutschland. Macdonald wird, wie verlautet, alles daransetzen, um die Zahlungsaussetzung solange wie möglich zu machen und andererseits von Deutschland die Zustimmung zu erlangen, daß Deutschland nicht einseitig die rechtliche Verpflichtung zur Entschädigungszahlung aufhebt. Wenn Deutschland sich vorläufig mit einer längeren Unterbrechung der Zahlungen einverstanden erklärt und als Entgegenkommen für Frankreich **die rechtliche Seite der Angelegenheit unerörtert läßt**, so hofft man, daß in Lausanne unter Führung Englands und Frankreichs **eine gemeinsame europäische Schuldenpolitik gegenüber Amerika beschlossen wird, die dann zur Einleitung von Verhandlungen mit Amerika wegen Streichung sämtlicher Kriegsschulden führen würde.** Nach französischer Auffassung könnte die Annahme solcher Vorschläge für Deutschland nicht unmöglich sein, denn worauf es doch praktisch ankäme, keine Wiederaufnahme der Zahlungen, wäre auf diese Weise und für längere Zeit verbürgt, und es wäre nur nötig, einige Ruhe und Geduld zu haben, um die endgültige Streichung aller Schulden von Amerika zu erzwingen.

Es ist zu bemerken, daß Ministerpräsident **Herriot** tatsächlich alle politischen Parteien, mit Einschluß der Sozialisten, hinter sich hat, wenn er eine von Deutschland allein ausgehende Erklärung über die Kriegsschulden zurückweist. Auch die französischen Sozialisten haben nur dem Vorschlag zugestimmt, die Höhe der von Deutschland geleisteten Zahlungen durch einen internationalen Ausschuß prüfen zu lassen. In den Besprechungen werden auch die Abrüstung und die Donau-Frage behandelt werden. Die französische Regierung ist der Auffassung, daß zur Rettung der **Donau- und Balkanstaaten** keine reinen Finanzmaßnahmen, sondern **ein großer Wirtschaftsplan** nötig ist, und daß zu diesem Zweck der von Tardieu vorgebrachte Plan erweitert und ergänzt werden könnte unter Berücksichtigung aller wirtschaftlichen Erfordernisse aller notleidenden Länder.

*

Eine amerikanische Erklärung

Die Regierung in Washington läßt wieder einmal eine Erklärung los, in der es heißt:

Die amerikanische Regierung hat darauf hingewiesen, **daß sie mit den Entschädigungen nichts zu tun habe und die Lösung dieser Frage den beteiligten Mächten überlassen müsse**, die in Lausanne hoffentlich zu einer Einigung gelangen würden. Das Staatsdepartement hat auf Anfragen stets die Schwierigkeit der internationalen Schuldenfrage betont, da der Bundeskongreß sich im Dezember 1931 in einer gemeinsamen Entschließung beider Häuser gegen eine Ermäßigung oder Streichung der Schulden ausgesprochen habe. Das Staatsdepartement hat ferner in Gesprächen mit fremden Diplomaten stets darauf hingewiesen, daß bei Streichung der Schulden der Verbandsmächte Amerika auf alles verzichten und nichts erhalten würde. Mit anderen Worten, das amerikanische Volk solle zu den eigenen Lasten auch noch den Löwenanteil der Kriegskosten der Verbündeten übernehmen. Eine derartige Regelung würde keineswegs der amerikanischen Auffassung entsprechen.

Großstädte in Not

Berlin, 9. Juni. Oberbürgermeister Dr. **Sahm** will bei der Reichsregierung Schritte unternehmen, um endlich eine finanzielle Hilfe des Reiches für die Reichshauptstadt zu erwirken. Berlin ist finanziell am Ende seiner Kraft und wird schon in allernächster Zeit nicht mehr in der Lage sein, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wenn nicht schleunigst Hilfe gebracht wird.

Die Stadt **Duisburg-Hamborn** ist nicht in der Lage, die auf 1. Juli fälligen Zinsscheine der 7-Millionen-Reichsmarkanleihe einzulösen. Die Stadt begründet dies mit der ungeklärten Lage, die die Stadt zwinge, alle vorhandenen flüssigen Mittel im Augenblick zur Bezahlung der Unterstützung für die Wohlfahrtspfleglinge bereitzustellen.

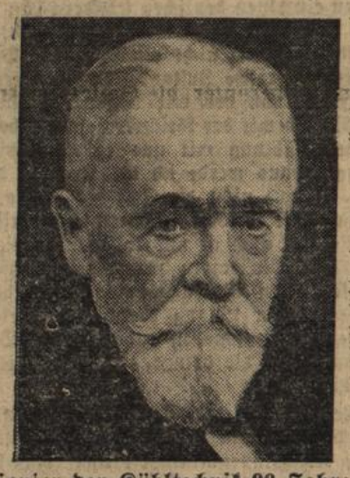
Diebstähle in der Staatsbibliothek

T.U. **Berlin**, 10. Juni. In der Staatsbibiliothek Unter den Linden sind, nach einer Meldung Berliner Blätter, anläßlich einer Revision bedeutende Diebstähle eines akademischen Mitarbeiters, des Sohnes eines verstorbenen deutschen Gelehrten, aufgedeckt worden. Es handelt sich bei den gestohlenen Büchern um zum Teil außerordentlich wertvolle Werke, größtenteils Doubletten aus den Beständen der Staatsbibliothek, die von dem ungetreuen Angestellten bei verschiedenen Antiquariaten verkauft worden sind. Vor fünf Tagen wurde der Leiter der Benutzungsabteilung der Staatsbibliothek bei einer Prüfung der Bestände darauf aufmerksam, daß in den verschiedensten Abteilungen Werke meist wissenschaftlichen Inhalts fehlten. In einer mit außerordentlicher Gründlichkeit und Schnelligkeit durchgeführten Revision konnte festgestellt werden, daß einige hundert Werke fehlten. Die Staatsbibliothek ist jetzt bemüht, in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Antiquaren, von denen die gestohlenen Werke erworben wurden, das Eigentum zurückzuerhalten.

Spaltung der Tardieu-Gruppe

„Republikanisches Zentrum" unter Führung Tardieus.

T.U. **Paris**, 9. Juni. In Paris erregt die Nachricht ungeheures Aufsehen, daß der frühere französische Ministerpräsident Andree Tardieu am Donnerstag abend aus der von ihm bisher geführten Gruppe der Linksrepublikaner ausgetreten ist. Mit ihm sind diejenigen Mitglieder ausgeschieden, die am Dienstag gegen das Kabinett Herriot gestimmt haben. Tardieu bildete unter dem Namen „Republikanisches Zentrum" eine neue Gruppe, die 32 Abgeordnete zählt.



Der Pionier der Kühltechnik 90 Jahre alt.

Geheimrat Karl Ritter von Linde, der 1875 die Ammoniak-Eismaschine erfand und dem die Verflüssigung von Luft, sowie von reinem Stickstoff gelang, erreicht am 11. Juni das biblische Alter von 90 Jahren.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[29

Unschuldig! War es nicht ein Verbrechen, das sie seit zwei Jahren beging? War es nicht ein Verbrechen, daß sie jenen gütigen, hilfreichen Mann betrog, den sie Bruder nannte und der ihr das Leben zum Himmel machte? Es war nichts anderes als Hochstapelei, darüber war Ellinor sich klar.

Siebentes Kapitel.

Mit der geplanten Reise wurde es nun vorläufig nichts. George wollte sich nicht so schnell von seinem Freunde trennen, und auch mit Lord Grailing verband ihn bald freundschaftliche Sympathie.

Die Reise wurde bis zum Herbst verschoben.

Die beiden Herren waren häufige Gäste in George Franks Haus. Lord Grailing hatte besonderes Wohlgefallen an John gefunden; er kam jeden Morgen, ihn zum Spazierritt abzuholen. Er war ein schneidiger, eleganter Junggeselle von vierzig Jahren, jugendlich und lebhaft.

John gab sich die größte Mühe, Lord Grailings freundschaftliche Gefühle zu erwidern, ohne daß ihm dies recht gelang. Er konnte die innere Scheu nicht überwinden, die ihn von dem englischen Juristen trennte. Er konnte einfach nicht aus sich herausgehen, solange der Lord bei ihm war. Es lag wie ein Alp auf ihm, es war ihm, als ob er in Gefahr schwebe, solange Lord Grailing in Neuyork lebte.

John atmete erst auf, wie von einem inneren Druck befreit, als Lord Grailing sich eingeschifft hatte, um nach England zurückzukehren.

George war sehr stark von seinen Geschäften in Anspruch genommen.

Es gab viel Aerger in seinen Betrieben; die Arbeiter waren in Streik getreten, stellten Forderungen, die Frank nicht erfüllen konnte.

George Frank hatte einen harten Schädel; er ließ sich von den Dingen nicht unterkriegen. Er verließ Neuyork, ging nach Oil-City bei Titusville, wo sich seine Erdöl-Raffinerien befanden.

Dort hauste er in einem Blockhaus, mit einigen Ingenieuren, um von frühestem Morgen an auf dem Posten zu sein, zwischen den Bohrtürmen und Oelpumpen. Er selbst stand an der Seilmaschine, an der der Bohrmeißel hing, oder hantierte an den Oelpumpen. Hand in Hand arbeitete er mit den Schachtmeistern und den Beamten, um sein Werk aufrechtzuerhalten.

John hatte alles versucht, mitzukommen nach Oil-City. George hatte nicht nachgegeben; es konnte erbitterte Kämpfe geben draußen, und er wollte nicht, daß John dabei war. So etwas mußte er allein abmachen.

Und John zermarterte sich vor Angst um George, sah ihn schon in den gefährlichsten Situationen. Immer wieder ging er ans Telephon, sprach mit George, beschwor ihn, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Er erinnerte ihn daran, daß er selbst ein Arbeiter gewesen war und gedarbt hatte. Er stellte ihm vor, wie reich er jetzt war und daß es ihm leicht sein mußte, das Los seiner Arbeiter zu verbessern.

Nach vier Wochen kam George zurück. Der Streik war beendet; George hatte einen großen Teil der Forderungen erfüllt.

Die Brüder saßen zum ersten Male wieder beisammen. Sinnend sah der Aeltere auf den Jungen.

„John", sagte er dann leise, „ich begreife mich selbst nicht mehr. Ich bin durch dich ein anderer Mensch geworden. Du übst eine seltsame Macht über mich aus.

Ich habe auf deine Telephongespräche gewartet und auf deine Briefe, und ich habe jede Zeile davon verschlungen. Und einmal kam mir ein sonderbarer Gedanke, als ich deine zierliche Schrift sah: Schade, daß du keine Frau bist. Dein Stil, deine Ausdrucksweise, alles ist so zart, so anschmiegend, so liebevoll. Ich würde dich vom Fleck weg heiraten, wenn du kein Junge wärest, sondern eine Frau.

Du kannst mir glauben, daß es die Arbeiter nur dir zu verdanken haben, wenn sie diesmal so gut weggekommen sind.

Aber — was ist dir, John? Weshalb weinst du?"

„Du bist so gut, George, so gut..."

George umarmte den Bruder, wollte antworten, wurde in diesem Augenblick aber ans Telephon gerufen.

John blickte ihm nach, Tränen in den Augen. Unverwandt blieb sein Auge an der Tür hängen, durch die George verschwunden war. Dann kam es flüsternd von zwei blassen Lippen:

„Ich liebe dich, George Frank, liebe dich, lange schon. Aber ich liebe dich anders als einen Bruder."

Die Stimme erstarb im Flüstern. John Frank wachte auf, strich sich besinnend über die feuchte Stirn, das Gesicht hatte einen hilflos wehen Ausdruck.

Dann sprang John auf und rannte aus dem Zimmer, hinüber in sein Schlafzimmer, warf sich dort auf sein Bett und schluchzte, lange und haltlos.

Was nun? Was sollte nun werden? Jetzt, da Ellinor erkannt hatte, daß sie George Frank liebte, mit einer heißen, süßen Frauenliebe, so, wie sie noch nie in ihrem Leben geliebt hatte. Wie konnte sie sich jetzt noch in der Gewalt haben? Wie konnte sie jetzt noch ihr falsches Spiel weitertreiben mit diesem Manne?

Wie konnte sie ihn überhaupt betrügen, der sie in selbstloser Liebe an sein Herz genommen, ihr die herrlichste Heimat bereitet hatte? Warum hatte sie ihm nicht längst alles gestanden? Er kannte sie jetzt zwei Jahre lang, er wußte sicher, daß sie nicht schlecht war, daß sie diese schreckliche Tat nicht begangen haben konnte.

Aber, es konnte nicht sein. Sie durfte nicht sprechen. Er würde sie sonst vielleicht von sich gestoßen haben, und das hätte sie nicht ertragen. Sie mußte schweigen; vielleicht, daß sie später einmal sprechen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg